

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Petition an den Deutschen Bundestag

(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Persönliche Daten des Hauptpetenten

Anrede	Herr
Name	Wochner-Luikh
Vorname	Clemens
Titel	Vorsitzender der LABEWO (Landesarbeitsgemeinschaft ambulant betreute Wohngemeinschaften Baden-Württemberg e.V.)

Anschrift

Wohnort	Stuttgart
Postleitzahl	70184
Straße und Hausnr.	Gänsheidestraße 49
Land/Bundesland	Deutschland
Telefonnummer	+ 49 176 42647722
E-Mail-Adresse	mail@labewo.de

Wortlaut der Petition

Zukunft der Pflegewohngemeinschaften sichern – Benachteiligung ihrer Bewohner*innen stoppen!

Mit der Petition wird gefordert,

dass pflegebedürftige Menschen finanziell vergleichbar entlastet werden, unabhängig davon, ob sie in ambulant betreuten Wohngemeinschaften oder in Pflegeheimen leben.

Deshalb fordern wir eine Korrektur des aktuellen Gesetzentwurfes zum Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG).

Begründung

Ambulant betreute Wohngemeinschaften bieten Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung und Versorgung bis zu ihrem Lebensende. Im Unterschied zu Pflegeheimen handelt es sich dabei um eine familiäre Wohnform, die Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen hohe Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte garantiert.

Mit der 2021 verabschiedeten „Kleinen Pflegereform“ (GVWG) erfolgte eine notwendige finanzielle Entlastung von Bewohner*innen in Pflegeheimen. Bewohner*innen in Wohngemeinschaften wurden dabei nicht berücksichtigt, obwohl ihre Eigenanteile in vergleichbarer Höhe liegen. Die unverändert hohen Kosten müssen weiterhin von den Betroffenen selbst getragen werden.

Die Folge ist, dass Wohngemeinschaften mit Pflegeheimen finanziell nicht mehr konkurrieren können. Wer entscheidet sich noch für das vielfach gewünschte Pflege- und Betreuungsangebot in einer Wohngemeinschaft, wenn dort der Eigenanteil im Einzelfall bis zu 1000 € im Monat höher liegt als der in Pflegeheimen?

Weitere Folgen:

- Planungen neuer Wohngemeinschaften werden zurückgestellt oder aufgegeben.
- Investoren ziehen sich aufgrund der finanziellen Risiken zurück.
- Sozialhilfeträger signalisieren, dass sie nicht mehr bereit sind, die Kosten für sozialhilfeberechtigte Personen in Wohngemeinschaften zu übernehmen.
- Wohngemeinschaften droht die Insolvenz, weil sie aufgrund der höheren Eigenanteile ihre Plätze nicht mehr vollständig belegen können.
- Angehörige werden wieder vermehrt in der häuslichen Pflege und Versorgung gefordert und stehen in Zeiten des Arbeitskräftemangels dem Arbeitsmarkt nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung.
- Wohngemeinschaften entfallen als wertvolle Alternative zur Versorgung in Pflegeheimen. Stationäre Einrichtungen können schon heute den Bedarf nicht mehr decken.

40.000 Pflegeplätze in Wohngemeinschaften stehen auf dem Spiel!

Pflegewohngemeinschaften stehen für Aufbruch und Neuausrichtung in der Altenhilfe. Sie sind Pioniere einer dringend benötigten neuen Kultur der Pflege und Sorge.

- Sie werden mitverantwortet und mitgestaltet von Familien, Angehörigen, bürgerschaftlich Engagierten und Kommunen und stehen damit für eine notwendige Demokratisierung in der Pflege.
- Sie sind vernetzt und eingebettet in Dorfgemeinschaften und Quartiere.
- Für kleine Gemeinden sind sie die einzig mögliche Form einer wohnortnahen Versorgung.
- Sie bieten Pflegefachkräften und Assistenzkräften wohnortnahe Arbeitsplätze und attraktive Arbeitsbedingungen, die sie mitgestalten können.
- Sie werden als Arbeitsort geschätzt und aktivieren neue Arbeitskräfte in der Pflege.

Wohngemeinschaften müssen zukunftsfähig bleiben, damit sie als „Alternative zum Pflegeheim“, einen relevanten Beitrag zur Bewältigung des Versorgungsnotstandes leisten können.

Ohne eine Korrektur des Gesetzesentwurfes zum PUEG, droht ambulant betreuten Wohngemeinschaften das AUS. Die hoffnungsvolle Entwicklung für den Ausbau von Wohngemeinschaften ist gestoppt.

Anregungen für die Forendiskussion

In den nächsten Jahren wird die gesellschaftliche und demografische Entwicklung die Altenhilfe in große Bedrängnis bringen. Pflegeheime werden insolvent und müssen schließen. Ambulante Pflegedienste müssen hilfsbedürftige Menschen abweisen.

Die Anwerbung ausländischer Pflegefachkräfte, verbesserte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen werden notwendige, aber nicht ausreichende Flankierungshilfen bleiben.

Pflege-Wohngemeinschaften sind ein erkennbar erfolgversprechender Weg, um den drohenden Pflegenotstand abzuschwächen. Als Sorgende Gemeinschaften mobilisieren sie Angehörige, Bürgervereine, engagierte Bürger*innen, Pflegedienstleister und Kommunen, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Das aktuell zur Entscheidung vorbereitete PUEG schafft mit seinen Festlegungen keinen einzigen neuen Pflegeplatz, weder in Pflegeheimen noch perspektivisch in Wohngemeinschaften. Schlimmer noch, bei unveränderter Beschlussfassung im Bundestag werden abertausende Pflegeplätze in WGs verschwinden.